

Bundestag hat entschieden, aber hat er recht?

Holodomor: „Gegen Hunger als Waffe“, FR, Politik vom 28. November

In Kriegszeiten hat es die „Wahrheit“ schwer

Eine schreckliche Hungersnot in der Sowjetunion in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts erschüttert uns heute. Ein Beispiel für schreckenerregende Politik, zusätzlich zur Shoa, zu den beiden Weltkriegen, zum Vietnamkrieg und Unsere Politiker und der FR-Kommentator Jan Emendörfer möchten der Ukraine helfen in ihrem Nationalgefühl. Dazu soll die menschenverachtende Politik, die zu den Millionen Hungertoten führte, jetzt Genozid genannt werden, vom Bundestag.

Da verstehe ich Einiges nicht. Was sind die Argumente, dass die Zwangskollektivierung „nur in der Ukraine“ darauf abzielte „ein Volk brutal zu unterwerfen“? Die Kritik an dieser Erzählung ist Jan Emendörfer nicht mal erwähnenswert. In Wikipedia wird sehr ausführlich vom Für und Wider berichtet. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages kam 2008 zu einem anderen Schluss. „Wir“ wollen „die“ Ukraine stärken. Als Nächstes unterschlagen wir dann die Beteiligung der Bandera-Faschisten an der Ermordung von ukrainischen Juden. Das schadet ja auch dem Nationalgefühl der Ukrainer. Deshalb ist die Ukraine wohl auch nicht der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken beigetreten. Die Judenvernichtung in der Ukraine

mit ukrainischen Helfern ist kein Bestandteil der ukrainischen Geschichtspolitik. Mir scheint, hier wird auch in Deutschland geschichtliche Wahrheit den Erfordernissen der Parteilichkeit in Kriegszeiten untergeordnet.

Neun Seiten trennen den Kommentar von der immer wiederholten Einsicht, dass die Wahrheit im Krieg zuerst stirbt.

Christa Führer-Rößmann, Offenbach

War das wirklich ein Völkermord?

An die inflationäre Verwendung des Begriffes „Faschismus“ hat man sich schon fast gewöhnt. Aktuell droht dem Begriff „Genozid“ Ähnliches zu widerfahren. Der Bundestag verabschiedet eine Resolution, in dem der „Holodomor“ infolge der stalinischen Zwangskollektivierung als Völkermord qualifiziert wird. Dies mag als Geste der Solidarität gegenüber der Ukraine gedacht sein. Es bleibt aber offen, ob das Parlament gut beraten ist, sich in einer Frage, die in der Wissenschaft umstritten ist, so eindeutig zu positionieren. Das haben bisher nur 16 Staaten getan und zu über 90 Prozent solche, die zur ehemaligen Sowjetunion bzw. zu ihrem Machtbereich gehörten (z.B. Litauen, Lettland, Ungarn, Polen). Der US-Kongress hat in seiner Resolution zum Holodomor den Begriff „Genozid“ vermieden, ebenso der Europarat, der im

Kontext von Verbrechen gegen die Menschlichkeit spricht.

Es gibt keinen Zweifel an der verbrecherischen Politik Stalins und seiner Helfer in Folge der Zwangskollektivierung anfangs der 30er Jahre, bei der der Tod von Millionen Menschen in Kauf genommen wurde. Es wird aber in der Geschichtswissenschaft kontrovers diskutiert, ob hier die Definition nach Artikel II der UN-Völkermordkonvention zutrifft, nach dem als Völkermord die an einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe begangenen Handlungen bezeichnet werden, die in der Absicht ausgeführt werden, die Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Die Absicht und der Bezug auf eine Gruppe ist entscheidend, nicht der Umfang der Tat. Ein Völkermord muss also kein Massenmord sein.

Zahlreiche Historiker bezweifeln, dass mit der Durchführung der Zwangskollektivierung ein Völkermord an den Ukrainern beabsichtigt war. Stalin und die Bolschewiki hatten ja nicht die Hungerkatastrophe geplant, sondern eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, um die durch Industrialisierung gewachsenen Städte besser zu versorgen und durch Export von Getreide die dafür wichtigen Devisen zu beschaffen. Das misslang gründlich.

Hans Herbert Schürmann, Bielefeld



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221031

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über den Kampf um die Binding-Brauerei in Frankfurt mit dem Frankfurter Planungsdezernenten Mike Josef (SPD), dem Binding-Betriebsratsvorsitzenden Christian Schipniewski und mit Jürgen Hinzer, dem früheren Bundesstreikbeauftragten der Gewerkschaft NGG.

Montag, 5. Dezember, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Oliver Teutsch liest aus seinem Fallada-Roman „Die Akte Klabautermann“ und erzählt vom Spagat zwischen den beiden vermeintlich ähnlichen Tätigkeiten als Schriftsteller und Journalisten. Der Eintritt ist frei, Anmeldung erbeten unter 069/554444.

Dienstag, 6. Dezember, 19 Uhr
Denkbar, Spohrstr. 46A, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Pfarrer Jeffrey Myers über das Buch „Harte Leute“ der US-Autorin Rachel Kushner und über die Situation in den USA,

Donnerstag, 8. Dezember, 19.30 Uhr
Buchhandlung Weltenleser, Oeder Weg 40, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Autorin Ulrike Keding über ihr Buch „Die heimliche Freiheit. Irans starke Frauen“,
Mittwoch, 14. Dezember, 19.30 Uhr
Bühne Marleen, Lilien carré, Bahnhofplatz 3, Wiesbaden

MU_FRDLES02_4c - B_164440

